



## «Grüne» Jobs - teuer für Arbeitnehmer, Steuerzahler und die Umwelt

### LIBERALES INSTITUT

*Eine aktuelle Studie zeigt auf, dass staatliche Programme zur Förderung «grüner Arbeitsplätze» weltweit bereits 430 Milliarden Franken Steuergelder verschlingen. Diese Aufgaben drohen netto zu einem Arbeitsplatzverlust zu führen.*

Staatliche Förderprogramme zugunsten «grüner Arbeitsplätze» führen zu Ressourcenverschwendungen, einer Schwächung des Wirtschaftswachstums und leisten dabei häufig keinen Beitrag zum Umweltschutz. Die Studie, in der Schweiz vorgestellt durch das Liberale Institut, untersucht internationale Programme zur Förderung grüner Arbeitsplätze auf ihre Ziele, Mittelallokationen und Wirkungen. Vertreter solcher Programme vertreten die Vorstellung, «grüne Investitionen» führten zu einer Zunahme sicherer, sauberer und ökologischer Arbeitsplätze und damit zu einem Nettowohlfahrtsgewinn für die Gesellschaft.

Selbst die UNO gibt dabei zu, dass eine «umfassende [globale] grüne Transformation» Milliarden Steuergelder kosten würde. Weltweit fließen derzeit im Rahmen verschiedener Konjunkturpakete bereits ca. 430 Mrd. Franken in «grüne Investitionen». Hinzu kommen laut Studie versteckte Kosten:

**Bürokratie:** Erhebliche Teile der Investitionsprogramme fließen in die Administration. Ressourcen werden dabei aus dem privaten Sektor in die öffentliche Bürokratie umgeleitet. Da diese eine geringere Produktivität aufweist, wird das Bruttosozialprodukt geschwächt.

**Verschwendung:** «Grüne» Investitionsprogramme unterstützen regelmässig Unternehmen und Aktivitäten die ineffizienter arbeiten, als heutige Anbieter. So wird etwa Handarbeit gegenüber maschineller Arbeit bevorzugt, da diese als «grün» gilt. Der gesamtwirtschaftliche Output wird dadurch reduziert, Kosten für Waren und Dienstleistungen steigen. Damit werden Steuerzahler doppelt belastet.

**Verschuldung:** «Grüne» Investitionsprogramme werden in der Regel aus öffentlichen Schulden gespeist. Die Hoffnung auf ungewisse Resultate wird damit auf Kosten künftiger Generationen finanziert. Die Programme belasten die Staatshaushalte und setzen die betroffenen Währungen weiter unter Druck.

Die Studie zeigt ausserdem: Da Interessengruppe willkürliche und zum Teil widersprüchliche Definitionen für «grüne Arbeitsplätze» einsetzen, erzielen zahlreiche Investitionsprogramme keinen nachweisbaren Umweltschutz-Effekt. So gelten energieintensive Arbeitsplätze in der Stahlindustrie als «grün», wenn ihre Produkte der Erstellung von Windkraftanlagen dienen.

Berichte der UNO prognostizieren hohe zweistellige Wachstumsraten für «grüne Technologien». Eine Untersuchung der zugrundeliegenden Studien zeigt nun: Solche Prognosen basieren auf geringen Fallzahlen und linearen Trendfortschreibungen. Sie müssen daher als höchst unzuverlässig betrachtet werden. Schätzungen der UNO Umweltbehörde UNEP versprechen die Schaffung von bis zu 20 Millionen «grünen Arbeitsplätzen» bis 2030 durch öffentliche Förderprogramme. Diese Zahlen ignorieren den Verlust von Arbeitsplätzen an anderer Stellen durch hohe Kosten, mehr Bürokratie und eine Schwächung der Arbeitsproduktivität und des Wirtschaftswachstums.

**[Download Studie «Seven Myths About Green Jobs» \(32 Seiten, PDF\)](#)**

August 2010

